

## Kreispräsident in der Kritik

**PINNEBERG.** Die Jüdische Gemeinde Pinneberg hat Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (CDU) kritisiert: Anlass war die Diskussion im Kreistag zur Resolution gegen die geplante Neonazi-Demo in Pinneberg. Ein Vergleich zwischen Deutschem Reich und DDR sei ebenso unhaltbar wie die Gleichsetzung rechter und linker Gewalt. (thk) ► SEITE 5

# Kritik am Kreistagsbeschluss

**PINNEBERG:** Gleichsetzung rechter und linker Gewalt nicht haltbar

**Die Jüdische Gemeinde kritisiert Kreispräsident Burkhard E. Tiemanns Rede zur Nazi-Demo-Resolution.**

Mit „Bedauern“ hat die Jüdische Gemeinde Pinneberg die Resolution des Pinneberger Kreistags anlässlich der geplanten Neonazi-Demonstration in der Kreisstadt am 6. Juni zur Kenntnis genommen, da es nicht gelungen sei, einen Text zu formulieren, dem alle Fraktionen zustimmen konnten. „Schon in der aktuellen Stunde zeigte sich leider eine Haltung der CDU, die dem Ernst der Situation nicht angemessen war“, kritisierte der

Gemeinde-Vorsitzende Wolfgang Seibert.

Insbesondere Vergleiche in der Rede des Kreispräsidenten Burkhard E. Tiemann (CDU) zwischen dem Deutschen Reich nach 1933 und der DDR missfielen Seibert. Zwar sei es richtig, dass zahlreiche Juden unter dem Stalinismus gelitten hätten. Ein Vergleich verbiete sich jedoch, da „die DDR nicht die Schuld auf sich geladen hat, sechs Millionen Juden ermordet zu haben“. Auch die Gleichsetzung rechter und linker Gewalt sei nicht haltbar. An einer Demonstration in Pinneberg nach dem Anschlag auf die Jüdische Ge-

meinde im vorigen Jahr hätten sich auch Menschen aus dem linken Spektrum ruhig und diszipliniert beteiligt. Die jüngsten Attacken Rechtsradikaler auf Gewerkschafter am 1. Mai zeige, von wem die Gewalt ausgehe. Seibert forderte die CDU auf, sich dem Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch anzuschließen.

Unterdessen hat die Industriegewerkschaft (IG) Metall Unterelbe „zum gemeinsamen Widerstand und kreativen antifaschistischen Protest“ gegen die Demonstration aufgerufen. Die Gewerkschaft fordert ein Verbot des Aufmarsches. (thk)